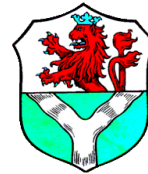




Bernhard Riegler

FDP – Fraktion
im Rat der Stadt Lohmar
Der Fraktionsvorsitzende



53797 Lohmar
Rathaus
Rathausstraße 4
Tel.: 02206-8643977
e-mail : Bernhard.Riegler@gmx.de

Lohmar, den 9.03.2010

Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

I. Ausgangslage

Nach einer Phase der Erholung der Haushaltslage aufgrund einer deutlichen Konjunkturbelebung ist Ende 2008 und 2009 eine dramatische Wende durch die Wirtschafts- und Finanzkrise eingetreten.

In den Jahren 2006 und 2007 entwickelte sich die Wirtschaft erfreulich gut. Die Gewerbesteuerereinnahmen waren hoch, so dass alle Altfehlbeträge ausgeglichen werden konnten.

Zum 1.1.2007 hat Lohmar auf das neue kommunale Finanzmanagement umgestellt. Plötzlich hatten wir wieder Rücklagen, und zwar

- Allgemeine Rücklage: 59,4 Mio. €
- Ausgleichsrücklage: 9,4 Mio. €

Wegen der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung musste 2007 die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch genommen werden; es wurde sogar ein Überschuss von rd. 1,7 Mio. € erwirtschaftet. Für 2008 wird eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage nicht in dem vorgesehenen Umfang notwendig werden, denn das Defizit wird voraussichtlich „nur“ 1 Mio. € betragen. Weiter konnten Schulden in erheblichem Umfang abgebaut werden, konnten die Kassenkredite deutlich zurückgeführt werden.

Im HH-Plan 2008 war für 2009 noch ein ausgeglichener HH vorgesehen. Leider blieb es nach der seiner Zeit vorgelegten Ergebnisplanung nicht dabei: 2009 sollte mit einem Defizit von 4,1 Mio. € abschließen. Das tatsächliche Defizit wird jedoch voraussichtlich bei 7-8 Mio. € liegen.

Die Defizite aus 2008 und 2009 können noch aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden.

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überstanden. Bei prognostizierten Wachstumsraten von etwa 1,5 % wird das Bruttosozialprodukt wohl erst 2013 wieder den Stand vor der Krise erreicht haben.

Auf der einen Seite zahlt es sich für Lohmar nun aus, dass in den letzten Jahren kräftig z.B. in Schulen investiert wurde. Auch wurden mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von insgesamt 2,5 Mio. € Energiesparmaßnahmen im Bildungsbereich zur dauerhaften Senkung der Betriebskosten und Infrastrukturmaßnahmen in die Wege geleitet. Leider wurde bei der „Umgestaltung Forumsplatz Wahlscheid“ die nach Auffassung der FDP-Fraktion nicht notwendige Tieferlegung der Nordfläche beschlossen. Dadurch wurden über das Konjunkturpaket hinausgehende Mittel in Höhe von rd. 100.000 € ausgegeben.

Auf der anderen Seite werden Lohmar insbesondere die zu erwartenden Einbrüche bei der Automobilindustrie treffen, sind doch hier wichtige Zulieferbetriebe ansässig.

II. Vorlage der Verwaltung

Vor diesem Hintergrund war es daher wichtig und richtig, dass die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltes sich dieser schwierigen Lage stellte. Hierfür dankt die FDP-Fraktion der Verwaltung ausdrücklich.

Der Haushaltsentwurf 2010 zeichnet sich – wie uns der Kämmerer in seiner Rede deutlich machte - durch folgende Eckwerte aus:

Den Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes in Höhe von rd. 57,3 Mio. € stehen Gesamterträge von 53,6 Mio. € gegenüber; dies ergibt eine Deckungslücke von rd. 3,6 Mio. €. Dieser Fehlbetrag wird durch eine Entnahme auch der Ausgleichsrücklage in Höhe von 1,6 Mio. € und aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 2,1 Mio. € ausgeglichen.

Die Ausgleichsrücklage ist damit aufgebraucht.

Formatiert: Zentriert

Die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage muss von der Kommunalaufsicht genehmigt werden. Die allgemeine Rücklage wird Ende 2010 einen Bestand von rd. 55,5 Mi. € haben. Bis 2013 sind weitere Entnahme in Höhe von insgesamt 5,9 Mio. € geplant. Da die vorgesehenen Entnahmen eine bestimmte Größenordnung nicht überschreiten muss,

kein Haushaltssicherungskonzept

aufgestellt werden.

3. Risiken

Der HH birgt allerdings erhebliche die Risiken. Denn nicht berücksichtigt sind:

- die Erhöhung der Kreisumlage um 3 Prozentpunkte,
- der voraussichtlichen Steigerung der Personalkosten aufgrund des zu erwertenden Tarifabschlusses und
- die Auswirkungen des Urteils des BVerfG zu den Jobcentern.

Eine 1%-ige Erhöhung der Kreisumlage bedeutet 300.000 € Belastung für den städtischen Haushalt. Die Nichtberücksichtigung einer Erhöhung der Kreisumlage war grundsätzlich richtig. Wurde doch dadurch gegenüber dem Kreis deutlich gemacht, dass man damit nicht einverstanden war. Die FDP-Fraktion appelliert an diejenigen Mitglieder des Rates, die auch im Kreistag Sitz und Stimme haben auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Erhöhung der Kreisumlage unterbleibt und auch der Kreis zunächst seine Einsparmöglichkeiten konsequent ausschöpft. Auch die jetzt von der Kreiskoalition vereinbarte

Erhöhung um 1,56, Punkte

Formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Zentriert

ist noch zu hoch.

Die Tarifparteien haben sich inzwischen für 2010 auf eine Gehaltserhöhung von 1,2 Prozent geeinigt. Es hätte schlimmer kommen können.

Die Karlsruher Richter hatten Ende 2007 von der Bundesregierung verlangt, die Mischverwaltung der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen in den Jobcentern bis spätestens 2010 neu zu regeln. Durch eine getrennte Aufgabenwahrnehmung entstünden Mehrkosten auch für Lohmar. Es ist daher erfreulich, dass sich die für eine Grundgesetzänderung erforderlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat abzeichnen, mit dem Ziel der Fortführung der Jobcenter.

Vor diesem Hintergrund und diesen Rahmenbedingungen ist eine mittel- und langfristige Haushaltsplanung das Gebot der Stunde. Ein weiter so durchwursteln von einem Jahr zum nächsten Jahr verbietet sich. Notwendig wäre nach Auffassung der FDP-Fraktion eine freiwilliger Haushaltsbegleitbeschluss in dem die Haushaltsstrategie der nächsten Jahre festgelegt ist, dabei muss gelten:

Aufgabenkritik vor Abgabenerhöhung!

Unserer Meinung nach ist es jetzt endgültig an der Zeit für ein Umdenken in der städtischen Finanzpolitik und für eine kritische Betrachtung dessen, was die originären Aufgaben der Stadt für die Bürger sind und welche städtischen Leistungen die Bürger erwarten können!

Unser Ziel ist, eine angemessene Grundversorgung auf sozialem und kulturellem Gebiet zu erhalten! Wer unsere Anträge gelesen hat, weiß, dass insbesondere nicht bei Kindern, Jugendlichen und Senioren aus unserer Sicht gespart werden soll. Es geht uns nicht darum jemandem, etwa den Vereinen, etwas nicht zu gönnen.

IV. Vorschläge der Regierungskoalition

Die einzigen Beiträge der Regierungskoalition bestehen

- in der - bereits beschlossenen - Erhöhung des Wasserpreises und
- in einer Erhöhung der Kreditaufnahme um 4 Mio. €, und zwar von 3,1 Mio. € auf 7,1 Mio. €

Formatiert: Nummerierung und Aufzählungszeichen

Wie heißt es im Programm der Grünen: „Die Gebühren und Beiträge für Kanal und Wasser haben wir insgesamt ebenfalls konstant gehalten und streben dies auch für die nächsten Jahre an.“ Welch großen Worte! Haben sie doch nach eigenem Bekunden im Gegensatz zu den anderen Parteien flächendeckend ein umfangreiches Programm vorgelegt. Denn die Menschen sollten wissen, für was sie im Rat stehen und für was sie die Stadtfinanzen einsetzen wollen. Damit sollte Berechenbarkeit demonstriert werden, weil sie sich erneut an ihrem Programm messen lassen wollen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben bisher schon mehr bezahlt als sie nach dem Kostendeckungsprinzip hätten zahlen müssen. Die hierdurch entstandenen Rückerstattungsansprüche wurden den Bürgerinnen und Bürgern durch eine - nach unserer Auffassung zweifelhafte – Systemumstellung bei der Kalkulation vorenthalten.

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhebung einer Konzessionsabgabe mit einem Aufkommen von rd. 160.000 € -ist durchaus ein geeignetes Mittel „Gewinne“ steuerlich unbelastet an die Stadt zu transferieren. Die Einführung der Konzessionsabgabe haben wir daher mitgetragen.

Die Konzessionsabgabe rechtfertigt aber nicht die Anhebung des Wasserpreises um z.B. nahezu 18 Prozent für einen Einpersonenhaushalt.

Die Anhebung ist betriebswirtschaftlich nicht erforderlich. Die = auch im Bescheid über Wassergebühren, der den Bürgerinnen und Bürgern kürzlich bekannt gegeben wurde - behauptete Not-

wendigkeit der Stärkung der technischen und wirtschaftlichen Stabilität des Wasserwerkes trägt nicht. Bisher wurden die Gewinne voller Höhe in den Haushalt transferiert. Ohne Erhöhung verbliebe künftig wenigstens der noch der nach Abzug der Konzessionsabgabe verbleibende Gewinn beim Betrieb. Das ist mehr als bisher. Wir haben deshalb vorgeschlagen erst einmal von einer Erhöhung des Wasserpreise abzusehen und die weitere betriebliche Entwicklung abzuwarten. Leider ist die Koalition dem Vorschlag nicht gefolgt.

Im Ergebnis werden die Wasserverbraucher zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Dies getraut sich die Koalition - angesichts der Versprechungen im Wahlkampf - nicht den Bürgerinnen und Bürgern offen zu sagen.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen jetzt wofür die Koalition steht!

Ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Kreditaufnahme dient der Bedienung des finanziellen Engagements hinsichtlich (der Grundstücksfläche einschließlich Kopfbau des „KAUFLAND-Grundstücks“) des Ankaufs eines Gebäudes in Höhe von 1,6 Mio. €. Dieses Engagement lehnen wir ab. (Es gehört nicht zu den Kerngeschäften einer Stadt sich als Vermieter zu betätigen. Dies ist die ureigene Aufgabe von Privaten. Die damit verbundenen Risiken sind nicht absehbar.) Leider ist die Koalition nicht bereit über diese Angelegenheit im öffentlichen Teil der Sitzung zu sprechen.

Ein Ausfall, konzeptionslos und ohne jede Initiative ist also nicht die Opposition.

V. Vorschläge der FDP-Fraktion

Denn im Gegensatz hierzu versuchte die FDP-Fraktion mit ihren Anträgen Denkanstöße in die Richtung einer mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung zu geben. Sie wurden erwartungsgemäß abgelehnt.

Der Antrag die freiwilligen Leistung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen hatte das Ziel die dafür eingesetzten Gelder effizienter einzusetzen und noch mehr auf die Jugend- und die Seniorenpolitik zu konzentrieren.

Mit der vorgeschlagenen, moderaten Kürzung der Fraktionsgelder hätte auch der Rat ein Zeichen setzen können, dass auch er bereit ist den Gürtel enger zu schnallen und dies nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern verlangt.

Hier auch noch einmal ein kurzen Wort zum Wasserwerk: Die Tatsache, dass soeben die Wasserpreise kräftig erhöht wurden, darf nicht dazu führen, dass das Wasserwerk nunmehr aus dem Vollen schöpfen kann. So gehört das Geoinformationssystem mit 300.000 €, dessen Wirtschaftlichkeit in keiner Weise belegt wurde auf den Prüfstand.

VI. Fazit

Liebe Ratskolleginnen und Ratkollegen!

der vorliegende Haushalt ist mit zahlreichen Risiken behaftet, die ihn schnell zur Makulatur werden lassen können. Die Verwaltung hat ausgezeichnete Arbeit geleistet. Die Mehrheitsfraktionen sind demgegenüber ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Es wird wohl an der Opposition Perspektiven aufzuzeigen, was wir gerne tun werden. Trotz großer Bauchschmerzen werden wir dem Haushalt zustimmen. Das finanzielle Engagement der Stadt hinsichtlich der Grundstücksfläche (einschließlich Kopfbau des „KAUFLAND-Grundstücks“) lehnen wir aber ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.